

# Voigtländische Blätter.

Unter redaktioneller Verantwortlichkeit von Aug. Wieprecht in Plauen  
herausgegeben von mehreren Voigtländern.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich vorläufig einmal und zwar Sonnabends für den vierteljährlichen Preis von 7  $\frac{1}{2}$  ngr. Aufsätze und Mittheilungen für dieselbe wolle man an Aug. Wieprecht in Plauen adressiren. — Anzeigen aller Art werden aufgenommen und wird der Raum einer gespaltenen Zeile mit 8 S. berechnet.

N<sup>o</sup> 13.

Plauen, den 24. Juni

1848.

Inhalt: Zum Andenken an den 24. Febr. 1848. — Ein Wort an die deutsche Nation. — Seid wach! — Ueber Altenburg. — Voigtländisches: Vom Quell der rothen Mulde. — Aus Greiz. — Aus dem Reußenlande. — Aus Treuen. — Aus Delstnie. — Ebendaher. — Gesangsamt: Aus Greiz. — Aus Delstnie.

## Zum Andenken an den 24. Febr. 1848.

Es ist der Tag gekommen,  
Auf den wir lang geharrt.  
Glorreich hat sich genommen  
Ihr Recht die Gegenwart.  
Ein donnerndes Gewitter  
Entlud sich fürchterlich,  
Daß rings die Schaar der Ritter  
Der alten Zeit erblich.

Es ist der Tag gekommen  
Nach langer dunkler Nacht,  
Die uns so tief beklommen,  
Die uns so stumm gemacht,  
Der Tag, der kommen mußte  
In hellem Strahlenlicht, —  
Das Menschenherz, es wußte  
Die Stunde nur noch nicht.

Hell ist er angebrochen,  
Als seine Stunde schlug,  
Er hat mit Blut gerochen  
Der Könige sünd'gen Teug.  
Er hat aus ihrem Schläfe  
Die Menschheit auferweckt,  
Die feig sich wie ein Sklave  
Vor Thronen hingestreckt.

Sie griff zum blanken Schwerte  
Und fühlte sich ein Held,  
Und jedes Herz begehrte,  
Zu sterben für die Welt.

Die Loosung allerwegen  
War Freiheit, Menschenrecht,  
Zum Heile und zum Segen  
Dem künftigen Geschlecht.

Den großen Tag soll preisen  
Ein Lied von Mund zu Mund.  
Wir thun in frohen Weisen  
Des Herzens Jubel kund:  
Denn es beginnt auf Erden  
Die langersehnte Zeit,  
Wo Alle Brüder werden  
In freier Menschlichkeit.

Ja, Alle werden Brüder  
Und Alle werden frei,  
Die Throne stürzen nieder  
Der alten Tyrannei.

Verjünget aus dem Staube  
Hebt sich der Mensch empor:  
Die Freiheit ist der Glaube,  
Den sich sein Herz erkor.

O stolz Gefühl der Wonne,  
Das dem im Busen weht,  
Der in dem Glanz der Sonne  
Des goldnen Tages steht!  
Kling hin, mein Lied, und werde  
Ein Trost den Freunden mein  
Einst wird die ganze Erde  
Ein Volk von Brüdern sein!

Julius Schanz.

## Ein Wort an die deutsche Nation

von

Dr. Johann Georg August Wirth.

Wir sind in die Zeit der Thaten eingetreten und in einer solchen schwinden die schimmernden Redensarten. Das Wort der Handlung ist kurz.

### Deutschland ist in den Zustand der Staatsumwälzung eingetreten!

Wer kann diese Bewegung leiten? Die Fürsten mit Ministern aus der freisinnigen Richtung? Geschichte und Logik antworten hierauf. Es ist gerade jetzt ein Jahr, daß ich in der Einleitung zu der neuesten Geschichte Deutschlands den Eintritt der Staatsumwälzung bei der Fortsetzung des politischen Systems der Fürsten für unabwendbar erklärte. Ich habe gezeigt, daß die Einheit Deutschlands hergestellt, Pressfreiheit, Oeffentlichkeit der Rechtspflege, Geschwornengericht, Religions- oder Gewissensfreiheit, ernste Verantwortlichkeit der Minister eingeführt werden müssen: ich habe dargethan, daß die regierenden Landesherren mit den vormaligen reichsständischen Fürsten und Grafen das Ober- oder Fürstenhaus und frei gewählte Volksvertreter das Unterhaus bilden müssen, daß über beiden ein Reichsoberhaupt mit verantwortlichen Ministern stehen soll. Wenn man sich die Mühe geben will, im 7. und 8. Hefte meiner neuesten Geschichte das erste Hauptstück vom 8. Buch zu lesen, so wird man finden, daß dort die Grundzüge einer freien großartigen Reichsverfassung im Zusammenhange und nach organischen Gesetzen entwickelt sind, wovon jetzt bald hier, bald dort abgerissene Gedanken hervortreten. Das geschah zu einer Zeit, wo Niemand an eine französische Staatsumwälzung oder Nozion für ein deutsches Parlament dachte. Dort war eine friedliche, ruhige Reform möglich, weil die unermessliche Mehrheit der deutschen Nation eine solche freie Reichsverfassung als einen großartigen Fortschritt mit Dank angenommen haben würde. Aber was thaten die Fürsten? Sie würdigten den Vorschlag der Reform nicht der mindesten Beachtung, obgleich für den Fall fernerer Hartnäckigkeit der unausbleibliche Eintritt der Revolution bestimmt vorausgesetzt wurde. Was angekündigt ward, hat sich erfüllt, die Staatsumwälzung ist eingetreten! Kann man sich jetzt mit den Fürsten auf die Bedingungen vergleichen, welche ihnen vor dem Eintritt jenes Ereignisses angeboten wurden? Das wäre gerade so, als wenn nach erfolgter rechtskräftiger Entscheidung eines Streites der Sieger die Opfer eines Vergleiches bringen wollte, den er vor dem Urtheil wegen der Ungewißheit der Entscheidung vorgeschlagen.

Mit Ueberlegung und Vorbedacht haben die Fürsten alles auf einen Wurf gesetzt: „entweder unsere volle unbeschränkte Macht oder Ruin!“ Sie haben verloren! Wird man ihnen erlauben, ihren Einsatz zurückzunehmen, das Spiel für einen Scherz zu erklären? Das deutsche Volk ist gutmüthig, es würde dazu gebracht werden können, jene Einwilligung zu ertheilen; allein auch über dem Volk steht eine höhere Macht, die Weltordnung, diese versagt ihre Zustimmung: die Sache steht viel ernster, nach den Gesetzen der Weltordnung kann das deutsche Volk den Fürsten ihren Einsatz nicht zurückgeben, auch wenn es wollte.

In den Zeiten der Thaten muß man den Geist und den Gang der Bewegung scharf erkennen und feststellen, den Punkt, der alles beherrscht, bestimmt erfassen; er heißt: es handelt sich nicht mehr darum, ob eine freie großartige Reichsverfassung, im konstitutionellen Sinne, nicht besser sei, als eine Republik, sondern darum, daß keine menschliche Macht im Stande ist, die Republik in Deutschland aufzuhalten, und wäre die letztere auch zehntausendmal schlechter, als eine edle konstitutionelle Verfassung.

Ich gestehe, daß ich eine Reichskonstitution Deutschlands, wie ich sie in der neuesten Geschichte vorgeschlagen, der Republik bei weitem vorgezogen hätte: sie würde ungleich mehr Würde, Anmuth und Fruchtbarkeit entwickelt haben, sie würde der Wissenschaft und der Bildung förderlicher gewesen sein, das Volk glücklicher gemacht haben. Doch sie war nur auf dem Wege der Reform möglich, durch den Eintritt der Staatsumwälzung wurde sie todt, todt wie alle ähnliche vorgeschlagenen Verfassungen, wie namentlich jene, welche die Volksversammlung in Frankfurt beantragen oder versuchen wird.

Das oberste Gesetz der Revolutionen ist jenes, daß sie wenigstens vorübergehend unaufhaltsam zur Republik führen. Führen sie nicht dazu, so sind sie keine Revolutionen, sondern Reformbewegungen. Demnach stellt sich die alles entscheidende Frage dahin fest: befinden wir uns im Zustand der Staatsumwälzung oder in jenem der Reformbewegung? Wer das erstere läugnen und das andere glauben will, wird sich einem gefährlichen Irrthum ergeben: ich habe so eben einen Umkreis von 270 Stunden in Deutschland zu Pferde durchreißt, ich habe, unerkannt und unbemerkt, nicht gesprochen, sondern gehört, beobachtet, geforscht: wir befinden uns vollständig im Zustande der Staatsumwälzung!

Reformen können die Fürsten mit Hülfe der freisinnigen gemäßigten Männer des Fortschrittes leiten,

Revolutionen hingegen nicht, letztere führt der Weltgeist unmittelbar und wenigstens vorübergehend leitet er sie stets zur Republik.

Daß dem nach den tiefsten Gesetzen des Lebens so sei, daß somit keine menschliche Macht, nicht der innigste Verein, selbst nicht die Hingebung aller gemäßigten freisinnigen Männer in Deutschland die Republik zu verhindern vermögen, dafür sprechen tausend unwiderlegliche Gründe der Geschichte, der Erfahrung und der Staatsweisheit; es sprechen dafür ganz überwältigende Gründe und zwar in solchen Massen, daß man Bogen damit füllen könnte; indessen die Zeit der Thaten gebietet, wie gesagt, Kürze, und wir wollen darum von den Hauptgründen nur einen anführen.

Es ist ein einfaches Naturgesetz, daß Niemand sein angeborenes Wesen, seinen innersten Charakter, wie dieser in Folge der Anlagen und Lebensstellung sich bildet, über Nacht plötzlich und gänzlich umwandeln kann. Nun sind die deutschen Fürsten durch eine tausendjährige Geschichte an den Gedanken ihrer Macht gewöhnt, von ihrer Kindheit an als rechtmäßige Besitzer solcher Macht erzogen und gebildet worden: die fürstliche Gewalt trägt aber einen Reiz in sich, welchen sich außer den Inhabern derselben nur wenige Menschen in seinem ganzen gewaltigen, ungeheuern Umfang vorstellen können: jede Faser, jedes Seelenvermögen der Fürsten klammert sich krampfhaft an diese süße, geliebte Gewalt an: dieselbe verkümmert und beschränkt zu sehen, ist ein bitteres, ach, ein zu bitteres Gefühl: kein Fürst vom alten legitimen Stamme versteht sich daher gerne zu ernstern Bewilligungen zu Gunsten der Volksfreiheit: nur der Drang der Umstände, die Gewalt des Augenblicks nöthigt solche Zugeständnisse ab: allein stets werden sie von jenen Herrschern mit bekümmertem Herzen gewährt. Eifrig hegen und nähren darum die Fürsten die Hoffnung besserer Zeiten, also Aufhebung oder Beschränkung der Zugeständnisse, in dem geheimsten Falten der Brust. Diese Stimmung der Herrscher vom alten legitimen Stamme, welche aus dem Wesen ihres Charakters unaufhaltsam hervorströmt, drängt sie in den Zeiten der Umwälzung zu geheimen Verabredungen oder Einverständnissen mit auswärtigen unumschränkten Monarchen; öffentlich behaupten sie, daß alle ihre gemachten Zugeständnisse aufrichtig gemeint seien, und gewissenhaft erfüllt werden sollen; doch heimlich geloben sie sich die Zurücknahme oder Beschränkung bei der ersten günstigen Gelegenheit.

Nichts beweist das deutlicher, als die Geschichte Ludwigs XVI. von Frankreich. Öffentlich schwor dieser unglückliche Monarch mehr als einmal, daß er die gemachten Bewilligungen zu Gunsten der Volksfreiheit

freiwillig gegeben habe, daß er unter allen Franzosen der treueste Anhänger des konstitutionellen Systems sei. Als er hingegen die Flucht versuchte, so hinterließ er eine Schrift, worin er erklärte, daß ihm alle gemachten Zugeständnisse durch Gewalt abgedrungen worden seien, daß er sie deshalb alle widerrufe und für ungültig erkläre. Und Ludwig XVI. war gewiß ein wohlwollender, milder Mann; indessen er mußte den Gesetzen seines Standes und seiner Organisation folgen.

Wir wollen nicht anklagen, nicht aufreizen, sondern nur Thatfachen und Regeln der Weltordnung an einander reihen: wir wollen darum die deutschen Fürsten nicht alle beschuldigen, daß sie ihre Zugeständnisse nur mit heimlichen Vorbehalten gemacht haben, daß sie mit einem mächtigen auswärtigen Selbstherrscher geheime Verbindungen suchen oder unterhalten. Ich meines Orts bin vielmehr moralisch überzeugt, daß z. B. der Großherzog von Baden dem konstitutionellen System und einer verständigen würdigen Volksfreiheit aufrichtig ergeben ist, daß er die gemachten Zugeständnisse nicht nur gerne bewilligt hat, sondern sie selbst vor dem Eintritt der französischen Februarrevolution bewilligt haben würde, wenn es ihm der Bundestag erlaubt hätte. Aehnliche oder annähernde Gesinnungen mögen noch andere kleinen Fürsten hegen; aber daß der König von Preußen über Nacht plötzlich seine Natur geändert, daß er von dem eifrigen unumschränkten Herrscher des göttlichen Rechts mit einem Schlage in einen aufrichtigen konstitutionellen König verwandelt worden sei, ein solches Wunder ist schwer zu glauben. Der Mann, welcher nach den Ereignissen in Karlsruhe, Stuttgart, Darmstadt, Kassel, München, Wien und an andern deutschen Höfen kaltblütig und unbarmherzig die Bürger niederschießen ließ, welche nur ehrerbietig um weniger baten, als in den süddeutschen Ländern bereits bewilligt war; der Mann, welcher nach seiner tiefsten Ueberzeugung eine wirkliche repräsentative Verfassung sogar für das Volk selbst für schädlich hält, ein solcher Mann soll über Nacht den ganzen innern Kern seines Wesens plötzlich umschaffen? Das wird der größte Theil des deutschen Volkes nicht glauben, selbst wenn Männer seines Vertrauens es ihm behaupten.

Kurz, der Volksinstinkt wird im Fortgang der Umwälzung den Massen die Ueberzeugung aufdringen, daß die Zugeständnisse vieler Fürsten nur Blendwerk seien, hinter dem sich wesentlich andere Absichten verstecken. Wenn diese Ueberzeugung auch auf einem Irrthum beruhen sollte, so bleiben sich die Folgen dennoch gleich: die Massen werden selbst den Irrthum für Wahrheit

halten, keine menschliche Macht wird im Stande sein, jene tief wurzelnde Meinung dem Volke zu nehmen.

Wer gerecht sein will, kann der Nation dieses Mißtrauen nicht verargen. Wie sind die Fürsten seit dem Befreiungskriege mit dem Volke umgegangen, mit welcher vorbedachten Kaltblütigkeit wurden die heiligsten Zusicherungen gebrochen, mit welcher halsstarrigen Hartnäckigkeit wurde dieses System 33 Jahre, trotz der wohlwollenden Vorstellungen aller Menschenfreunde, trotz der Warnungen aller gemäßigten Männer fortgesetzt?

Nein, das deutsche Volk glaubt von Stunde an bloßen Worten nicht mehr, es verlangt die That, und zwar augenblicklich die That: es ist fortan wachsam, und es hat vollkommen Recht, auf seiner Hut zu sein.

Dieses natürliche und in dem Gang unserer Geschichte so tief begründete Mißtrauen des Volkes gegen die Fürsten wird im Laufe der Umwälzung immer stärker werden. Ich bin auf meiner Reise jetzt schon über den tiefen Unglauben der Massen gegen fürstliche Erklärungen erstaunt: man glaubt ihnen nicht mehr, selbst wenn Männer des Volkes als Zeugen für die Wahrheit auftreten: alles das wird noch tiefer greifen, wenn die Ereignisse weiter gehen. Die Folge davon ist, daß die Nation der deutschen Reichs- oder Centralgewalt, die sich zu bilden beginnt unter der Autorität der Fürsten, niemals die Gewalt einräumen wird, welche zur Leitung der gewaltigen Krisis erforderlich wäre. Es ist das ein allgemeines, gleichförmiges und unabwendbares Gesetz jeder Staatsumwälzung. Unter der Autorität der Fürsten wird sohin das Volk die bevorstehende Centralgewalt von Deutschland nie anders zulassen, als in verhältnißmäßiger Schwäche und solche schwache Regierungen führen in Revolutionszeiten unfehlbar zur Republik. In diesem einfachen Verhältnisse liegt das ganze Geheimniß der Krisis.

Wie schon die wenigen Wochen unserer Staatsumwälzung bewiesen, schreiten in solchen Zeiten die Ereignisse mit der Eile des Sturmes voran. Bald werden die freisinnigen Männer, welche bis jetzt für entschiedene Reformer, selbst für Radikale galten, als zu gemäßigt erscheinen, in der Volksgunst sinken, binnen wenigen Monaten sie verloren haben. Der richtige gesunde Sinn des Volkes wendet dessen Zuneigung in Revolutionszeiten stets den Männern der entschlossenen Thatkraft zu: solche Männer sind jedoch vorzugsweise die Republikaner. Es ist wahr, daß gegenwärtig die letzteren bei der unermesslichen Mehrheit der Nation nicht beliebt sind: wenn man jetzt in ganz Deutschland ohne Anwendung von Terrorismus über Republik oder konstitutionelle Reichsverfassung abstimmen lassen wollte, so würden unter 100 wenigstens 90 gegen die Repu-

blik sich erklären: auch davon habe ich mich auf meiner Reise überzeugt; allein die Ereignisse gehen schnell, das Mißtrauen wider die Fürsten wird die Massen selbst wider Willen zur Republik hindrängen, und Staatsfehler der Fürsten werden das Ereigniß bald vollendet haben.

Der König Ludwig von Baiern hat geradezu erklärt: „er danke nur ab, weil man ihn zu Bewilligungen gezwungen habe, welche er nicht halten könne.“ Solche Thatsachen haben im jetzigen Augenblick eine inhaltsschwere furchtbare Bedeutung. Sie werden indessen noch wichtiger durch den Umstand, daß der neue König von Baiern die freisinnigen patriotischen Bestrebungen, welche von der fürstlichen Reaktion politische Verbrechen und Vergehen genannt wurden, auch jetzt noch Verirrungen heißt. „Um die Erinnerung an frühere „Verirrungen“ zu beseitigen, erlasse ich Amnestie für die politischen Verbrechen und Vergehen, das heißt in der Volkssprache „für die patriotischen Tugenden.“ So lautet die Thronrede des neuen Königs von Baiern, und das geschieht unter dem liberalen Ministerium des Freiherrn von Thon-Dittmar!

In solchen Verhältnissen liegt der Schlüssel zum Verständniß unserer gegenwärtigen Lage. Staatsfehler der Fürsten werden das Mißtrauen des Volkes immer größer machen, und dieses stets wachsende Mißtrauen wird die Massen der Nation selbst wider Willen zur Verkündung der Republik zwingen. Letztere geht nach den Gesetzen der Weltordnung als unaufhaltsamer organischer Drang aus den Thatsachen mit allmächtiger Gewalt hervor.

Was folgt nun aus dieser Thatsache, deren augenfällige Wahrheit die nächste Geschichte unseres Vaterlandes beweisen wird? Folgt daraus, daß man die Republik in irgend einem deutschen Lande auf der Stelle einführen soll? Nein, gerade das Gegentheil!

Wenn irgend etwas im Stande gewesen wäre, die Republik aufzuhalten, so war das eine voreilige Verkündung derselben durch den Seekreis von Baden oder selbst durch das ganze badische Land. Ein solches Ereigniß würde die Drohung enthalten haben, dem ganzen großen Deutschland durch einen verhältnißmäßig kleinen Landstrich das Gesetz seiner Entwicklung aufzudringen. Solche Drohung würde in der unermesslichen Mehrheit der Nation Erbitterung und folgerecht Widerwillen gegen die Republik erzeugt haben. Wer demnach vor oder bei der Offenburger Volksversammlung vom 19. März für die augenblickliche Einführung der Republik wirkte, der hat gegen und wer dawider wirkte, der hat für die Republik gehandelt. Wie die

Verhältnisse zur Zeit der Offenburger Versammlung beschaffen waren, werden sie aber in diesem Punkte dem Wesen nach etwas länger bleiben.

Es ist nämlich ein anderes unabwendbares Gesetz der Staatsumwälzungen, daß dieselben anfangs niemals der Leitung der Republikaner, sondern jener der freisinnigen Männer der mittlern Meinung oder Richtung zufallen. Von Zeit zu Zeit sinkt jedoch die Popularität und moralische Macht dieser Männer unter dem gewaltigen Drange der Ereignisse und dem Einfluß der Staatsfehler der Fürsten: von Zeit zu Zeit wächst deshalb die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Republik und mit ihr die Zahl der Anhänger der letztern an. Endlich tritt der Augenblick ein, wo die Mehrheit der Nation die Unvermeidlichkeit der Republik anerkannt, und in diesem Augenblick geht die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten auf die Republikaner über. So ist der Verlauf der Staatsumwälzungen in denjenigen Reichen, wo sie zum ersten Mal auftreten, mithin nicht wie in Frankreich die Folge einer frühern Revolution sind.

Darum liegt es in den heiligsten Interessen der deutschen Republikaner, daß sie ihren Zweck durch eine voreilige, unreife Geburt, sohin durch eigenmächtiges Ausrufen der Republik in einzelnen kleinen Landstrichen nicht selbst gefährden. Sie müssen ruhig abwarten, bis ihre Zeit kommt, und die Geschichte zeigt ja, wie schnell dieser Augenblick bei den Revolutionen eintritt. Das hartnäckige reaktionäre System der deutschen Fürsten hat die gegenwärtige Staatsumwälzung gemacht, die weiteren Staatsfehler derselben Fürsten werden die Republik erzeugen. Während also die Fürsten an der deutschen Republik arbeiten, dürfen ihnen die Republikaner nicht in den Arm fallen: sie müssen dieselben gewähren lassen, denn die Fürsten arbeiten für die Zwecke des Freistaates.

Wenn indessen die dringendsten Pflichten gegen sich selbst den deutschen Republikanern gebieten, ihrem Zwecke nicht durch eigenmächtige Einführung der Republik in einzelnen Landstrichen zu schaden, sondern den Ausspruch der Mehrheit der Nation abzuwarten, so hindert das gleichwohl nicht, daß nicht alle Männer von reiner Vaterlandsliebe, sie, welche der Hingebung für ihre Grundsätze fähig sind, schon jetzt aufrichtig an die republikanische Richtung sich anschließen und dieselbe mit geistigen Gründen befördern. Es ist dies im Interesse der Nation vielmehr wünschenswerth, damit die Masse von Einsicht, Bildung und Charakterstärke auf die Leitung eines Ereignisses Einfluß erlange, welches nach den Gesetzen der Weltordnung unvermeidlich ist. Ich meines Orts bin bereit, in solchem Sinne

wieder zu wirken. Die einfachste Art meiner Thätigkeit wäre die Wiederherausgabe der „deutschen Tribune.“

Diese Zeitschrift war das erste republikanische Blatt in Deutschland, an dieselbe knüpfen sich große historische Erinnerungen: die Ideen, für welche sie vor 16 oder 17 Jahren kämpfte, sind jetzt Gemeingut der Nation: nichts scheint daher natürlicher zu sein, als ein Organ wieder zu beleben, welches Saamenkörner zu den Früchten der Gegenwart austreute. Möge seine Wirksamkeit jetzt dahin gehen, einen Beitrag zu liefern, daß die großartige Bewegung einer glücklichen Zeit zum Heile der Nation geleitet wird.

Natürlicher Boden der wieder erstehenden „deutschen Tribune“ wäre die Rheinpfalz. Dort wurde in der Kriminaluntersuchung gegen mich, wegen des Pressevereins, von den Appellationsgericht in Zweibrücken ausgesprochen, daß man auch in der Monarchie die Republik verteidigen und dieselbe fordern dürfe, sofern das nur durch geistige Gründe im Wege der Erörterung und Belehrung, ohne Anwendung von Waffengewalt oder Aufforderung zu derselben geschieht. Gerade das wäre nun die Politik der wieder erstehenden „deutschen Tribune.“ Letzere würde die Gründe für die Republik entwickeln, hingegen mit Wärme vor allen gewalthätigen unreifen Versuchen zur Einführung derselben in einzelnen Landstrichen warnen. Der oberste Grundsatz der Zeitschrift würde sein, die Entscheidung der Mehrheit der Nation über die künftige Verfassung Deutschlands abzuwarten.

Mit der Wiederbegründung der „deutschen Tribune“ soll ein Versuch gemacht werden: sie wird am 15. April oder am 1. Mai d. J. in einer Stadt der Rheinpfalz erscheinen. Besondere Ankündigungen werden das Nähere bekannt machen.

Karlsruhe, am 27. März 1848.

### Seid wach!

Wie es aussieht, so müssen wir unsere jetzigen Errungenschaften noch theuer bezahlen; denn die unselige Fürstenpolitik wird es noch so weit bringen, daß ein Krieg unausbleiblich sein wird und daher kommt es auch, daß im Handel und Wandel alles Vertrauen geschwunden ist. — Zu jedem Verkehre unter den Menschen gehört doch immer ein gewisses Vertrauen und dieß ist leider nicht mehr da; tief erschüttert liegt Alles darnieder und nur eine vernünftige Politik des Volksparlaments in Frankfurt a. M., das hoffentlich den Fürsten alle und jede freie Disposition (Verfügung)

über die seither förmlich geknechteten Völker vollends nehmen wird, ist im Stande, uns schnell aus dieser Zeit zwischen Hoffen und Furchten, in eine Zeit der Ruhe, des Vertrauens und des Glücks zu bringen. — Sehen wir uns um, wo wir wollen, so finden wir, daß unsere geschäftlichen Zustände, die mit den gewerblichen Hand in Hand gehen, eben so faul als unsere staatlichen Zustände gewesen sind, und eine Leipziger Messe, es ist die jetzt eben vergangene, die total schlecht gewesen ist, hat hingereicht, fast unseren ganzen Fabrikstand in die größten Verlegenheiten zu bringen. — Lernen wir daraus, daß die Grundsteine unserer Geschäfte durch die großen Schwingungen der Zeit eben so unhaltbar geworden, als die Grundsteine der nun durch den Volkswillen gestürzten erbärmlichen Staatsformen, und versuchen wir auch hier nöthig gewordene Verbesserungen vorzunehmen. — Wären wir auch jetzt nicht von Frankreich erst darauf aufmerksam gemacht worden, unsere Zustände — staatliche und gesellschaftliche — waren so verdorben, daß sie sich höchstens noch 2 Jahre gehalten haben würden, wengleich die Feinde der jetzigen Bewegung frech und dumm genug sind, zu behaupten, daß an der jetzigen schlechten Zeit die errungenen Freiheiten schuld sind, es verräth dieß entweder eine großartige Unwissenheit, oder die Leute haben ein solch böses Gewissen, daß sie für ihre freiheitsfeindlichen Ansichten die verdiente Strafe auf die Freunde der Freiheit lenken wollen. — Mögen doch die Leute bedenken, daß unsere Arbeiter kaum mehr so viel verdient haben, daß sie sich ernähren konnten, geschweige daß sie sich mehr ordentlich bekleiden konnten, und daß sich dieser Zustand ohnmöglich auf längere Zeit gehalten hätte.

Es ist ein Unglück, daß durch die bis jetzt immer und immer an den Tag gelegte Uneinigkeit unserer Deutschen alle Aussicht verschwindet, die großen Fragen der Zeit auf dem Wege der Ruhe und des Friedens zur Lösung zu bringen. — Es ist ferner ein Unglück, daß unsere Volksfeinde, die Aristokraten der Geburt, unsere eigennütigen hohlen Eintagsmenschchen, die Aristokraten des Geldes und viele Andere, die selbst nicht wissen, was sie sind, nichts aus den Revolutionen von Paris, Berlin, Wien u. s. w., die kaum 3 Monate alt sind, gelernt haben. —

Es ist weiter ein Unglück, daß selbst viele unserer zeither in hoher Achtung gestandenen Männer nicht mit aller Konsequenz (mit entschiedener Festigkeit und ohne Wanken) jetzt, wo es gilt, für die Rechte des zeither schwer gedrückten deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit kämpfen, da sie doch noch vor den Revolutionen

so wacker für die Rechte, für die Freiheit desselben gestritten haben. —

Alle diese Leute berücksichtigen, wie es scheint, nicht, daß wir nach einem erbärmlichen Drucke endlich da angelangt sind, wo wir alles und jedes gegen die Vernunft streitende Unrecht, was wir von den Regierungen und ihren dienstwilligen Knechten erdulden mußten, vertilgen müssen, sei es mit der Waffe des Geistes oder des Schwerts.

Denn so viel steht fest, die wahren Freunde der Freiheit, die Freunde des Volks, ruhen nicht eher, bis sie die Unterdrücker derselben bekämpft, besiegt haben, und nur dann kann Wohlstand, Bildung und Freiheit eintreten, was uns bis jetzt Alles so sehr gefehlt hat. —

Arbeiter, Bürger, die Ihr die eigentlichen Erhalter eines Staates seid, erkennet Euer Heil in der Zeit, schaaret Euch fest um Eure Führer, um die Freunde des Volks. — Lasset Euch hauptsächlich von denen nicht betrügen, die sich vor unserer Revolution geschämt haben, nur mit Euch zu sprechen, geschweige für Euch etwas Gutes zu thun. — Stoßet sie so lange von Euch mit tiefer Verachtung zurück, bis sie sich gebessert haben; denn die Zeit wird kommen, wo sie ausrufen: „Volk! sei mir Sünder gnädig!“ —

Zeiget Euch aber auch der Freiheit würdig; denn ohne Ordnung ist keine Freiheit, ohne Ordnung ist kein Wohlstand denkbar. — Lasset Euch nicht nachsagen, daß Ihr vor dem Eigenthume Anderer keine Achtung hattet, haltet vielmehr als obersten Grundsatz fest, „daß Ihr fremdes Eigenthum hochachtet,“ dann verlieren die Verdächtigungen ihre Kraft, die gewisse Sünder austreuen, „Ihr wollet nur anderer Leute Eigenthum.“ Würden sich diese Menschen mit Euch mehr abgeben, so würden sie gerade finden, daß in Euch das Rechtsgefühl ein viel größeres, als in ihnen selbst ist; denn sie sind gewöhnlich die Blutsauger, die das Volk ausgefogen haben, und das ist eben der Punkt, den wir uns Alle nicht mehr gefallen lassen dürfen. — Und nun zum Schluß noch ein Wort an die Feinde der Freiheit, an die Feinde des Volks. — Ihr sagt, das Volk ist zu der Freiheit noch gar nicht reif. Schämt Euch, diese unwürdige lügenhafte Redensart, die fluchwürdige gestürzte Minister erfunden haben, gedankenlos nachzuplappern wie kleine Kinder. — Eben in der Freiheit wird das Volk reifer, aber nicht in der Knechtung, wie sie der sächsische Großpapa derselben, Könneritz, jedem seiner dienstwilligen Sprecher eingimpft hatte.

Ferner wird das Volk reifer, wenn Ihr Gebildeteren den Umgang mit demselben nicht für eine Schande haltet und den Grundsatz der Gleichheit anerkennt, dann

wird sich vielfach Gelegenheit bieten, wo ihr Mißverständnis beseitigen könnt, die jetzt noch für Euch sehr gefahrdrohend werden können. Erkennet an, daß die Macht des Volks eine unwiderstehliche, eine furchtbare ist und daß bis jetzt noch kein Gebrauch davon gemacht wurde; bleiben daher die gerechten Wünsche unerfüllt, dann wird sich die unmenschliche und unverantwortliche tückische und rechtslose Behandlung desselben furchtbar rächen. —

Ueber Altenburg. Bereits eine frühere Nr. Ihrer Blätter hat über des Herzogs Verrath am Volke berichtet. Das Volk begnadigte ihn damals durch sein Schweigen. Der Herzog aber scheint diese Gnade für Schwäche aufgenommen zu haben und hat nicht übel Lust, das „reine Gnadenverhältniß“ zur Verwirklichung zu bringen und in Deutschland ein Zartlein zu spielen. Fürwahr eine lächerliche Verwegenheit! Vor 6 Wochen hatte er und sein reaktionäres Ministerium den Zusammentritt des Landtags verhindern wollen, jetzt beabsichtigte er, nachdem nun trotz Allem die Ständeversammlung ihre Sitzungen abhalten wird, der Volkspartei ihre Führer zu entziehen. Die Bürger Erbe, Advokat, Dölitzsch, desgl., Douri, Dr. philos., drei wahrhafte Volksmänner, welche das unbegrenzteste Vertrauen des ganzen Landes genießen, waren zu Landtagsabgeordneten gewählt worden. Am 17. dies. M. erhielten sie ihre Bestellungsdekrete, am 18. früh sollten sie auf Befehl des Ministeriums arretirt werden, das Volk befreite sie aber, umzingelte das Schloß, in welchem der Herzog mit einem Theile der Truppen, die jedoch weder Munition noch Lebensmittel haben, und errichtete in den Straßen Barrikaden, bei denen selbst die Frauen sehr thätig mitwirkten. Die Land- und Städtebewohner strömten bewaffnet in Massen herbei, um gegen die Knechtschaft Alles zu wagen. Dagegen waren von Sachsen alle möglichen Truppengattungen ebenfalls dahin befördert worden, angeblich um die Eisenbahngebäude, die sächs. Staatseigenthum sind, zu schützen. Folgende Aktenstücke mögen das Gesagte näher belegen und die große Erbitterung gegen das sächsische Ministerium, welche die Anordnung des Truppenzuzugs überall hervorgerufen hat und hervorgerufen muß und welcher das nahe gelegene Leipzig zuerst Worte lieh, für die Deffentlichkeit bezeugen.

### I.

Altenburg, den 18. Juni 1848.

Wir sind verrathen! Gestern erhielten wir (Donai, Erbe und ich) unsere Bestellungsdekrete als Landtagsabgeordnete. Heute früh während der Kirche

sollten wir auf Befehl des Ministerii arretirt werden. Das Volk widersezte sich — und wir sind frei. Barrikaden (15 bis jetzt) sind schnell entstanden, neue sind im Entstehen begriffen; 1400 Mann sächsische Soldaten stehen auf dem Bahnhose, das Schloß wimmelt von Soldaten.

Der Starrsinn des Herzogs ist groß; er unterhandelt zwar mit uns, aber ich fürchte, um uns hinzuhalten und uns mit den Truppen zu überrumpeln. Wir werden uns jedoch nicht offensiv, sondern defensiv halten. Im Fall eines Angriffs werden die gegnerischen Anführer von unsern Kugeln getroffen fallen.

Die gemeinen Soldaten betrachten wir als Brüder.

Unsere Bedingungen, welche wir dem Herzog gestellt, sind folgende:

- 1) Sofortige Entlassung des Ministerii und sofortige Berufung Crucigers, v. Brauns u. Pierers.
- 2) Sofortige Entlassung des einheimischen und fremden Militärs.
- 3) Vollständige und allgemeine Amnestie.
- 4) Unge störtes Beginnen des Landtags am 21. d. M.

Der Herzog will nicht darauf eingehen, er will Blutschuld auf sich laden und eher das Volk in Grund und Boden schießen lassen. Aber wir siegen oder fallen!

Advokat Arthur Dölitzsch.

### II. a.

Heute gingen folgende zwei Schreiben an das königliche Staatsministerium in Dresden ab.

Mit tiefster Entrüstung sehen wir, wie heute unter unseren Augen sächsische Truppenmassen nach Altenburg geworfen wurden, wie immer neue Zuzüge hier ankommen, um ebenfalls dahin abzugehen.

Was, frugen und fragen wir uns, hat unser Militär in Altenburg zu schaffen? Etwa Post und Eisenbahn zu schützen? Fürwahr dazu bedarf es keines solchen Apparats.

Wir müssen also ein anderes vermuthen, ja befürchten. Und wir befürchten es.

Wir befürchten, daß die Kinder unsers Landes dazu verwendet werden sollen, mit roher Gewalt die Freiheitsbestrebungen eines Landes todzuschlagen, das eines volksfeindlichen Regiments müde, die Majestät seines Willens geltend machen, sich dieses zweideutigen volksfeindlichen Regiments entledigen, sich eine seinen sittlichen Bedürfnissen angemessene neue Regierungsform selbst eigen schaffen will.

Und daß dazu die Regierung unsers Landes die Hand lieh, mit unendlichem Schmerz beklagen wir dies.

Wir beklagen dies aus mehr als einer Beziehung,

weil wir unserer Regierung geradezu das Recht absprechen müssen, unser sächsisches Militär zu solchem Zweck zu verwenden, denn ein solcher Zweck steht in schneidendem Widerspruch mit den Interessen und Sympathien unseres Volkes, wie überhaupt mit der von allen deutschen Regierungen anerkannten Souveränität der deutschen Nation.

Wir beklagen dies ferner aus sittlicher Rücksicht, weil die Möglichkeit der Gefahr gegeben ist, daß sich hier das brudermörderische Trauerspiel wiederholt, wie es zur Schmach des deutschen Namens in Baden ausgeführt ward.

Deshalb erheben wir feierliche Einsprache wider die betreffende Maßregel und fordern deren sofortige Zurücknahme, das heißt, die ungesäumte Zurückziehung des sächsischen Militärs aus Altenburg.

Leipzig, den 18. Juni 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

## II. b.

An ein hohes Gesamtministerium von Sachsen.

Vor wenigen Stunden ist ein Theil der Mannschaft hiesiger Garnison nach Altenburg auf Ordre abgegangen. In Bezug hierauf haben, auf Anregung der anwesenden Mitglieder des 14. Bezirkes vom deutschen Vaterlandsvereine zu Leipzig, die Unterzeichneten beschlossen, an das hohe Ministerium Nachfolgendes zu adressiren.

„Dafern die Soldaten hiesiger Garnison nur und ausschließlich nach Altenburg gegangen wären, um das sächsische Nationaleigenthum der Eisenbahn- und Postgebäude vorkommenden Falles zu schützen, im Uebrigen aber die gemessene Instruktion eines lediglich defensiven Verhalten erhalten hätten, würden wir uns für diese sorgsame Wahrung unseres Nationaleigenthumes zu Dank verpflichtet fühlen. Allein die bedeutende Anzahl der abgeordneten Soldaten scheint dieser Annahme zu widersprechen, und giebt der Befürchtung Raum, es seien unsere Mitbürger aus dem Soldatenstande möglicherweise zur Unterdrückung des Volkswillens verwendet worden. Noch ist nichts Genaueres über die Bewegungen in Altenburg bekannt. Bestehen dieselben in strafbaren Straftumulten einiger Weniger, so wird die dafüge militärische Macht mit den übrigen Bewohnern zur Dämpfung derselben mehr als ausreichend sein. Ist aber die Mehrzahl des Volkes aufgestanden, so fällt der Begriff des Strafbaren weg, und es wird

der etwaige Aufstand zu einer souveränen Willensäußerung. Eine solche in einem Nachbarstaate zu behindern, streitet gegen die von dem deutschen Reichstage, der höchsten deutschen Behörde, anerkannten Souveränität des Volkes! Gegen jede solche Verletzung unseres heiligen Gutes, der Souveränität des Volkes, protestiren wir hiermit feierlich und nachdrücklich! —

Ueber die Bewegung in der Stadt selbst, die eines selbstbewußten für seine Rechte kämpfenden Volkes würdig ist, erhalten wir durch einen Privatbrief folgende Nachrichten:

„Altenburg, am 19. Juni. Nur mit Mühe konnten wir, von Leipzig kommend, in die Stadt gelangen. Die Barrikaden versperrten alle Zugänge. Im Bahnhofe selbst kampirte das sächsische Militär, Schützen aus Leipzig, Linie aus Zwickau und Kavallerie aus Rochlitz und Borna, in Sa. gegen 3000 Mann; das Schloß war ebenfalls von der Stadt gänzlich abgesperrt durch Barrikaden, gegen 1000 Mann Altenburgisches Militär hielt dasselbe besetzt; alle Parteien verhielten sich ruhig auf ihren Plätzen, keine wollte die Offensive ergreifen. Wir gelangten auf großen Umwegen, durch Gärten, Scheunen und Häuser, Schlupflöcher und Barrikaden in die Stadt, denn jeder Zugang in dieselbe war sechsfach verschanzt. Die Barrikaden waren sehr stark gebaut aus Wagen, Balken, Fässern und Steinen, auf den meisten wehte die schwarzrothgoldne Fahne und die mächtigsten derselben waren mit geladenen Kanonen besetzt. Jede Barrikade hatte eine Wache von 30 — 60 Mann. Die Stadt zählte mit Bürgern und Bauern wohl früh 7 Uhr schon 8000 Bewaffnete. Immer kam frischer Zuzug, aus allen Theilen des Altenburger Landes Trupps von 30 — 300 Mann, bewaffnet mit Büchsen, Bajonetflinten, Piken, Sensen, Mistgabeln etc. Alle waren Republikaner, alle einig und fest entschlossen mit Gut und Blut ihre Forderung zu erkämpfen und bei etwaigen Angriffen zu siegen oder zu sterben. Nur der Augenzeuge konnte diese Erhebung begreifen; Jung und Alt war auf den Beinen, alles war thätig. Die Gesamtzahl der Bewaffneten stieg bis Nachmittag 4 Uhr auf 15,000 Mann; gegen 10 U. Vorm. verfügte sich eine Deputazion zum Herzog, um nochmals einen Versuch zu machen, die 4 schon erwähnten Bedingungen zu erwirken. Punkt 3 und 4 ward vollständig erlangt. Punkt 1 nur insofern, als die beiden alten Minister v. d. Planitz und Tese bleiben und der Dr. Cruciger als dritter hinzukommt. Der Dr. Cruciger erklärte, sobald seine Kollegen ihn in der Minorität ließen, wieder

(Fortsetzung s. pag. 107.)



abtreten zu wollen. Punkt 2 ward nur unter der Bedingung bewilligt, als gleichzeitig mit dem Zurückziehen des Militärs die Einreißung der Barrikaden vor sich gänge. Dieser letzte Punkt blieb nun die Hauptdifferenz beider Parteien, das Volk wollte die Barrikaden nicht eher einreißen, als bis das Militär fort, und das Militär nicht eher fort, als bis die Barrikaden eingerissen; man fürchtete beiderseits eine Ueberumpelung. In dieser Beziehung lavirte man nach beiden Seiten bis Nachmittag. Gegen 2 Uhr kamen noch 1200 Mann aus dem sogen. Holzlande (Eisenberg, Kahla etc.) sie blieben ½ Stunde vor Altenburg liegen, bis die Sache beendet schien. Man begann auch die innern Barrikaden niederzureißen und das Militär packte und stieg auf die bereitstehenden Wagen. Auf dem Anger war 5 Uhr große Volksversammlung, ein Regen hielt dieselbe bis 6 Uhr auf, als plötzlich die Kunde kam, das Militär bleibe da. Alles kehrte wieder auf seinen Posten zurück; man baute die Barrikaden schnell wieder auf; und man war wieder auf dem alten Flecke. Das Volk selbst war sehr wenig zufrieden mit den obigen Bedingungen, es will die Spitze seiner Regierung weg haben; jedoch neigte man sich Seitens der Führer der Meinung hin, bis zum Landtag zu warten, der morgen beginnt. Unter den 29 Abgeordneten befanden sich 22 Republikaner und 7 Konstitutionelle; man will die Minister in den Anklagestand versetzen und den Herzog beim Parlamente verklagen. Die Ronneburger wollten nicht eher fort, als bis sie Tese, den Minister, mitnehmen könnten, sie wollten ihn in Ronneburg züchtigen für frühere Vorfälle. Doch glaube ich schwerlich, daß es zu einem entscheidenden Schlage kommen wird; die 4 Leiter der Bewegung sind durch ihre rastlose Thätigkeit seit den Pflugsfeier-tagen physisch und geistig fast aufgerieben und wollen bis zum Landtage ausruhen. Als wir gegen 8 Uhr abfuhr, war alles Militär wie früh noch da."

Diesem haben wir noch nachzutragen, daß die Meinung der Führer durchgedrungen und das sächs. Militär abberufen worden ist. Ein ander Mal mehr.  
MK.

### Voigtländisches.

Vom Quell der rothen Mulde. (Verspätet.) Sie wollen etwas über unsere Volksversammlung vom 13. d. M. hören. Ueber das Wetter, welches dabei herrschte, über den Ort der Versammlung und die Aussicht, welche man von demselben aus hatte, lassen Sie mich schweigen, auch erwarten Sie nicht eine Aufführung der einzelnen Reden, da dieses offenbar weniger interessant ist, und bereits vom Voigtländischen Anzeiger in ängstlicher Genauigkeit berichtet wurde. Der Eindruck, welchen die gehaltenen Vorträge beim Volke machten, hatte meine Aufmerksamkeit überhaupt auch mehr gefesselt, als die einzelnen Reden und ich kann Ihnen daher auch nur schreiben, was das Volk und ich mit ihm hierbei gedacht haben. Die Erwartungen, welche man in gewissen Kreisen von der Versammlung hegte, waren sehr verschieden. Die

Einen zweifelten an einer starken Betheiligung, weil sie das Volk und die Zeit nicht verstehen, weil sie nicht glaubten, daß auch der Deutsche endlich einmal Sinn für Politik erhalten hat und zu der Einsicht gekommen ist, daß man sich versammeln dürfe und müsse, wenn man etwas Großes, einen wirklichen Fortschritt erreichen will. Andere hatten eine weit stärkere Versammlung erwartet, weil sie nicht bedacht hatten, daß, vogleich auf den Bergen die Freiheit wohnen soll, ebendasselbst noch mancher Philister haust, der seinen ellenlangen Hops um keinen Preis hergeben möchte und sich daher in die Bogen einer Volksversammlung nicht wagt. Manche erwarteten eine Kneiperei, besucht von wenigen unruhigen Köpfen, welche, ohne vom Volke beachtet zu werden, vorübergehen würde. Viele freuten sich schon im Stillen auf die zu Tage tretende Meinungsverschiedenheit und einen wahrscheinlicher Weise daraus hervorgehenden Faustkampf der Parteien.

Alle diese sind sehr getäuscht worden. Namentlich aber mögen sich die Herren der Reaktion sehr gewundert haben, daß eine Versammlung von fünf bis sechs Tausend Mann abgehalten werden konnte, ohne daß man sich bei den Köpfen kriegte und daß eine solche Versammlung sich fast einstimmig (es waren einzelne kleine Häuslein neugieriger Aristokraten zu schauen) für die Republik erklären konnte, ohne daß Anarchie, Blutvergießen, Raub und Entfesselung aller Leidenschaften, welche man dem Volke, als mit der Republik unzertrennlich, vorzustellen nicht ermüdet, sofort eingetreten sind. Der ruhige Ernst der Versammlung und die ungetheilte Aufmerksamkeit, welche man den Rednern schenkte, zeugten deutlich, daß das Volk hinreichend politischen Sinn und Bildung hat, um sich beim Bau des Staatsgebäudes zu betheiligen und daß es vollkommen reif ist für eine republikanische Verfassung. Die Versammlung trug das Gepräge der innig klaren Ueberzeugung von der Vortrefflichkeit der Republik, welche weit entfernt ist von jedem Fanatismus. Eine heilige Begeisterung für ein einiges freies Vaterland glühte in jeder Brust und gewiß nur wenige sind ohne das stolze Bewußtsein von dannen gegangen, daß das Volk und **nur das Volk berechtigt und fähig** ist, sich die Formen des öffentlichen Lebens zu schaffen, welche zur Förderung seiner Wohlfahrt die geeignetsten sind.

Greiz den 14. Juni.

Am vergangenen Freitag endlich ist mit dem hiesigen Amts- und Verordnungsblatte ein Wahlgesez erschienen, nach welchem, zur Berathung der versprochenen neuen Landesverfassung, neben drei beizuziehenden Mitgliedern der Ritter- und bisherigen Landstandschast, zwölf Vertrauensmänner, drei für Greiz, zwei für Zeulenroda, drei für den Landbezirk Obergreiz und Dölau, zwei für den Landbezirk Untergreiz und zwei für den Landbezirk Burgk, vom Volke gewählt werden sollen. — Gleich im Eingange des Gesezes heißt es bündig und nachdrücklich: „Wir, von Gottes Gnaden — etc., haben, den in Unseren öffentlichen Erlassen gegebenen Zusicherungen gemäß, die Umgestaltung

der in anerkannter Wirksamkeit stehenden Landesverfassung von Unserer Landesregierung mit den bisherigen Ständen in Erwägung gezogen, nunmehr eben den in solcher Weise vorbereiteten Verfassungsentwurf demnächst etc. — Einerseits kann man sich über diese Wortfassung kaum wundern, wenn man bedenkt, daß dem Manne des Volks (?), aus dessen Feder auch dieses Gesetz geflossen sein mag, einmal die beliebte Doppelsinnigkeit der Ausdrucksweise eigenthümlich ist, die er in der neuern Zeit so oft zur Schau getragen hat und mit welcher es ihm gelungen ist, sich das Vertrauen der hiesigen Bürgerschaft und des Landvolks im vollen Maße zu befestigen; aber anderer Seits möchte man stutzig werden und fragen, „was soll diese Ausdrucksweise bedeuten? — Wir wissen denn doch genau genug, daß unser Fürst in den erlassenen mehreren Proklamationen dem Lande eine neue, freisinnige Verfassung, nach Grundlage der sächsischen, „verheißt und versprochen“ hat! — Warum ist denn aber in dem Wahlgesetze nicht bündig von der neuen Landesverfassung, sondern nur von einer Umgestaltung der in anerkannter (?) Wirksamkeit bestehenden, also der noch gegenwärtigen Verfassung, die Rede? — Man wird doch hoffentlich nicht (wie es anfänglich, so viel ich weiß, die Meinung der Regierung war) glauben, daß das Volk damit zufrieden gestellt sein werde, wenn man einige der morschen Grundpfeiler, auf denen unser Staatsgebäude bisher schwankte, hinwegnahme und dafür einige neue, anscheinend haltbarere und gesündere Unterlagen einzöge! — Glaubt man dies, so irrt man sich stark, man hält an der gegebenen „Verfassung“ fest, man erwartet eine völlig neue Verfassung. Wollen wir dies aber erreichen, so können und dürfen wir uns auch nicht bei der Fassung des 4. §. jenes Gesetzes beruhigen, wo es heißt: daß die Wahlberechtigten jedes Wahlbezirks ihre Vertrauensmänner **nur** aus ihrem Wahlbezirke selbst wählen dürfen; wir würden sonach in die beratende Versammlung sieben Landleute als Gewählte erhalten müssen, allein abgesehen davon, daß es mir nicht beikommen kann und will, der Intelligenz unserer achtbaren Landbewohner im Geringsten zu nahe zu treten, so muß ich doch fragen, „ob es in dem Sinne und Willen unserer Landbewohner liegt und liegen kann, zur Wahrung ihrer Interessen bei der Berathung der für die ganze künftige Existenz unseres Vaterlands äußerst wichtigen und einflussreichen Verfassungsfrage, gerade aus ihrer Mitte Männer zu erwählen, denen, bei vorausgesetzter Weltbildung und Umsicht, doch am Ende diejenigen Fähigkeiten und Erkenntnismittel fehlen möchten, welche zur erspriesslichen Beurtheilung der mit jener Frage in Verbindung kommenden, in die Politik und andere Wissenschaften eingreifenden Umstände erforderlich sind? Ich glaube nicht, daß dies unsere Landbewohner wollen! — Ich glaube, dieselben wollen, wie wir, ein Wahlgesetz, nach welchem es jedem Wahlbezirke frei steht, seine Vertrauensmänner auch aus andern Wahlbezirken wählen zu können, wie es auch dem uns zugesagten und er-

theilten Urwahl-Rechte besser entspräche. — Was hierbei unsere Regierung im Sinne gehabt haben mag, kann ich nicht deuten, die angeregte Beschränkung aber ist jedenfalls eine höchst mißliche und mit der Gegenwart in Widerspruch stehende. Wenn, wie in Sachsen oder andern großen Staaten, auch bei uns jedem Wahlbezirke Städte innen lägen, in welchen die zu dem Berathungs-Geschäft mit Vortheil zu wählenden Männer von politischer und wissenschaftlicher Fachkenntniß größtentheils existiren, oder beträfe die bevorstehende Wahl die Deputirten zur Vertretung der Rechte und Stellung der verschiedenen Stände im Staate, so würden wir der getroffenen Bestimmung nur beipflichten und uns vollkommen beruhigen können, während wir dies im gegenwärtigen Falle nicht können. — Wir hoffen daher, daß unser Vaterlandsverein, in welchem die Sache bereits zur Sprache gekommen ist, die geeigneten Einleitungen treffen werde, um die Wahlbeschränkung zu beseitigen, um so mehr als dieses Wahlgesetz, welches schon in seiner früheren Fassung allgemeinen Widerspruch hervorgerufen hat, jetzt wiederum ein Grund vielfältiger Unzufriedenheit und immer weiter überhandnehmenden Mißtrauens geworden ist. — Möchte doch endlich einmal die Leitung solcher und anderer wichtigen Angelegenheiten Männern überwiesen werden, welche geeigneter sind, das „Vertrauen,“ welches in der meist ruhigen und geseglichen Haltung der hiesigen Landesbürger nicht unerwiesen geblieben ist, besser zu würdigen, als dies zeither gelungen ist.

Aus dem Reußenlande. Daß unter dem 22. April d. J. erlassene provisorische Wahlgesetz, für die zu Entwerfung eines neuen Grundgesetzes der reußischen Lande jüngerer Linie zu berufende Versammlung hat in unserem Ländchen vielfache Vorstellungen von Gemeinden und Korporationen hervorgerufen, welche sämmtlich sich gegen dasselbe aussprachen und verschiedene mit demselben im geradesten Widerspruche stehende Anträge stellten. Man hatte namentlich eine gemeinschaftliche Verfassung und gemeinschaftliche Volksvertretung beantragt, Ernennung der Volksvertreter durch Urwahlen in der Maasse verlangt, daß jeder Stimmberechtigte so viel Abgeordnete und so viel Stellvertreter aufzeichne, als für das gesammte Land nöthig sind, und gefordert, daß jeder großjährige Deutsche, welcher sich im Lande aufhalte und eine nützliche Wirksamkeit in demselben habe, stimmberechtigt und wählbar sei und die Vertreter aus den gesammten Fürstenthümern gewählt werden können, so daß eine Gesamtvertretung geschaffen werde. Hierauf ist eine Erklärung der Hochpreussischen (?) Landesregierung erfolgt, wonach zwar ein Gesamtlandtag neben und unter ihm, aber noch drei, vielleicht auch vier Speziallandtage eingerichtet werden sollen, überhaupt aber das alte Wahlgesetz aufrecht erhalten wird. Bei Ansicht der betr. Bekanntmachung mußte ich unwillkürlich ausrufen: „Wäre das Ding nicht so verdammt gescheit, man wär' versucht, es herzlich dumm zu nennen!“ Nur

einiges aus dieser hochgelehrten von juristischem Scharfsinne strotzenden Bekanntmachung folge hier zur Erheiterung. Es ist in der Bekanntmachung gesagt, nur Inländer und selbstständige Staatsbürger, nicht die wechselnden Ansichten eines Ausländers, nicht das unerfahrene Urtheil derer, welche keinen selbstständigen Wirkungskreis haben, können über die höchsten Interessen des Landes entscheiden. Glückliches Reußenland! In deinen Gauen giebt es keinen Wechsel der Ansichten, keine politischen Renegaten, keine Verräther an der Freiheit und der Sache des Volkes. Wer so unendlich glücklich ist, innerhalb deiner Grenzen geboren zu werden, erlangt mit der Geburt von Gott das Privilegium einen Charakter zu besitzen, und wer es bis zu einer selbstständigen Stellung in diesem von Gott so augenscheinlich bevorzugten Lande gebracht hat, erlangt mit derselben sogleich ein erfahrenes Urtheil. Möglich, daß man noch die Einrichtung trifft, daß mit dem Bürgerrecht hier Jedem gleich eine Portion Weisheit und Verstand verabfolgt wird. Ferner heißt es dort „die eigenthümlichen Verhältnisse der fürstlichen Lande machen es nothwendig, daß zwar der Gemeinschaft, so weit sie besteht, Rechnung getragen, zugleich aber die Selbstständigkeit der innern Verwaltung jedes Fürstenthums aufrecht erhalten werde.“ Hieraus folgt natürlich die Einrichtung von „Spezial-Landtagen“ und „daß jedem Lande seine eigenthümliche Steuererhebung, **Polizei**, Schule u. gesichert bleibe.“ O, freilich wäre es ewig Schade, wenn ein Stück Lobensteiner, Geraer oder Schleizer Polizei abhanden käme, wenn nicht jede dieser drei Städte das Recht bekäme, einen Landtag in ihren Mauern zu sehen und einen Abglanz der ewigen Weisheit in der Person eines Fürsten in der Nähe bewundern zu können! Was braucht das Volk sich zu fragen: Wo bleibt dann das einige Reußenland und noch mehr, das einige Deutschland? Was wird dann aus der Gleichheit in Münze, Maas, Gewicht, Gesetzgebung? Warum sollen wir anstatt einer Landesvertretung zwei bezahlen? Weiter sollen die Wahlbezirke in solche der Städte und des Landes geschieden werden, weil es die „eigenthümlichen Interessen“ derselben verlangen. Im Reußenland scheint sehr Vieles „eigenthümlich“ zu sein, gewiß aber ist die Erscheinung das eigenthümlichste, daß man hier Stände und Kasten schaffen will, zu einer Zeit, wo dieselben allerorts niedergerissen werden, daß man die Bürger eines deutschen Landes trennt und gegen einander heßt, während ganz Deutschland kein dringenderes Bedürfnis hat, als Einheit. Stadt und Land hat bei uns vor Allem das gemeinschaftliche Interesse einer wohlfeileren und namentlich auch redlicheren Verwaltung, damit nicht das Eigenthum von Kirchen und Schulen vergeudet werde. Aehnlichen Inhaltes ist die ganze Bekanntmachung. Man sieht hieraus, wie sehr unsere Regierung die Zeit und ihre Aufgabe verkennt. Man will immer noch regieren und soviel als möglich regieren. Früher waren die Reußenlande eins, nach und nach hat man sich der gemeinschaftlichen Regierung immer mehr entzogen und hie und da Landesregierungen eingeführt, welche nichts mehr besorgen, als früher von der gemeinschaftlichen Landesregierung besorgt wurde, warum sollen sie nicht wieder eins werden? Und zeigt nicht das Beispiel Gera's, daß

eine gemeinschaftliche Regierung nicht unmöglich ist? Die Fürsten haben öfters von den schweren Regierungssorgen und tausend durchwachten Nächten gesprochen, thun wir Alles mögliche, um ihnen diese Sorgen abzunehmen und einen sanften ungestörten Schlaf zu verschaffen. Das Volk, welches stärker ist, als alle Gewalt und klüger denn die Weisheit aller Machthaber der Erde, wird den reaktionären Gelüsten entgegentreten und endlich siegen. Hoffen wir daher, daß es zu einem reußischen Speziallandtage nicht komme, sondern vielmehr Reußenland sich entweder mit den thüringischen Herzogthümern zu einem Ganzen vereinige oder wenigstens einem anderen Staate, vielleicht Sachsen, anschließe.

Aus Treuen. Ihr, die Ihr Euch vor Republik gefürchtet, kommt wieder zur Ruhe, verscheucht Eure Furcht, werdet fröhlich und dem Menschen ein Wohlgefallen. Amen!

Die Republik ist verbannt!!!

Hört, die Sache ist ganz einfach. — Ein Commis voyageur (vom Hause Apel & Brunner in Leipzig), Namens Franz Wolff, hat unsere Stadt mit einer Petition erfreut, deren Quintessenz — „**keine Republik**“ ist, eine Petition an unsere Ständeversammlung, die diejenigen Leute kennen lernen soll, die früher wegen Monarchie klar mit sich gewesen und durch die Wirren der Zeit bedeutend klarer geworden sind. —

Nun, ihre Unterschriften bürgen für Beibehaltung der Monarchie, darum freuet Euch, daß es doch noch Leute giebt, die die Republik durchaus und unter keinen Umständen leiden werden. —

Spießbürger: Na, was sagt Ihr dazu?

Republikaner: Ich denke mir, daß Ihr einen recht dummen Streich mit Eurer Petition gemacht, Ihr habt nicht erwogen, daß wenn wir für Republik Unterschriften sammeln wollten, Ihr bedeutend in der Minorität bleiben würdet, denn bis jetzt haben sich ja an der Petition bloß Beamte und einige Gevattern betheiligt.

Spießbürger: „Sis aber auch wahr!“

Republikaner: „Also“ (an die Stirne zeigend)!

Delsnitz, den 20. Juni. Sie haben in Ihrer letzten und vorletzten Nr. Mehreres Unerfreuliche aus Delsnitz gebracht: ich freue mich, Ihnen heute auch Etwas Erfreuliches mittheilen zu können. Borigen Sonntag kamen, ich weiß nicht wie — eine öffentliche Aufforderung war nicht dazu geschehen — gegen hundert Bürger und Einwohner aus Delsnitz im Dorfe Hartmannsgrün zusammen und gründeten dort unter Leitung des Hrn. Jul. Schanz einen Vaterlandsverein. Die Stimmung der Leute war durchweg radikal; Sie sehen also, daß auch in Delsnitz die Prinzipien der Neuzeit Platz gegriffen haben und es nur eines Anstoßes bedurfte, um sich davon zu überzeugen. Die Mitglieder des Vaterlandsvereins haben sich vorgenommen, die Linke des Bürgervereins zu bilden, der

bis jetzt nur über städtische Angelegenheiten verhandelt hat. Hr. Jul. Schanz versprach auf an ihn ergangene Aufforderung, eine längere Zeit hier bleiben zu wollen und seine Thätigkeit dem erwachten Bürgerthume innerhalb der Grenzen des Vaterlandsvereins widmen zu wollen. (Man vergleiche das weiter unten mitgetheilte Gedicht, dessen Verfasser diese Thatsache noch nicht zu kennen scheint. Ann. der Red.)

**Delsnik.** Sie wollen von mir über den politischen Aufschwung hiesiger Stadt etwas wissen und bringen mich dadurch in nicht geringe Verlegenheit. — Um Gotteswillen keine Politik, die hiesigen Kaufleute und Krämer im wahren Sinne des Wortes dulden es nicht; mußte sich doch der hiesige Dr. J. G. Jahn jüngst in den Vaterlandsblättern öffentlich bestätigen lassen, daß er keinen Artikel über Delsnik dahin geschrieben hat. — Ja, Ja, das ist gar schlimm hier! Keine Politik und wieder keine Politik und abermals keine Politik, vivat hoch! — Darum ist der politische Unverstand hier auch in solcher Unmasse, daß wenn sich ein Republikaner für Geld sehen ließ, er brillante

Einnahme machen würde. — Ein Republikaner ist nach Ansicht dieser Leute ein großes Wunder und ich glaube, wenn sich einer unter einer Menge unserer Pöpsbürger frei sehen und hören ließ, er furchtbare Haue zu fühlen bekäme. —

Auf mehrfache Aufforderung hat endlich die Intelligenz einen Bürgerverein gegründet, in dem rein städtische Angelegenheiten verhandelt werden, von dem Grundsatz ausgehend, erst da aufzuräumen. — In der letzten Versammlung war das Losungswort: Fort mit dem Stadtbullen, nieder mit ihm!! — Zwei Stunden dauerte eine geistreiche Debatte darüber. —

Nur keine Politik, dann bleibst du altes Delsnik die Hauptstadt des Indifferentismus.

Von mancher Seite hört man darüber Klage, daß der Regierungsrath und Amtshauptmann Körner in Plauen sich seit seinem Antritt in der Stadt Delsnik noch nicht sehr um das Wohl der Arbeiter bekümmert, noch nie einen dortigen Fabrikanten besucht und mit ihm darüber gesprochen. — Körner ist auf der großen Volksversammlung bei Schöneck jüngst mit seinem Getreuen (Gensdarmen) gewesen, hoffen wir, daß er auch Zeit hat, einmal nach Delsnik zu gehen und dort die Wünsche Vieler anhört!

### E i n g e s a n d t e s.

#### Das eigene Todesurtheil des in Greiz redigirten Wochenblattes „die Elektrischen Funken;“

gegründet

auf die End-Beilen des in Nr. 4 deren Blätter enthaltenen poetischen Bildes!

- 1ste Endzeile: „Elektrische Funken erleuchten die Nacht;“  
 2te Endzeile: „Elektrische Funken verblenden den Thor;“  
 3te Endzeile: „Elektrische Funken entzünden den Wust;“  
 4te Endzeile: „Elektrische Funken ertöden den Wahn;“

Elektrische Funken erleuchten die Nacht,  
 Die Sternen- und Mond-Licht entbehret;  
 Doch, hat dies nicht auch schon manch Irrlicht gemacht:  
 Was nächtliche Wand'rer bethöret?  
 O, wer den elektrischen Funken vertraut,  
 Hat sicher auf lockerem Sande gebaut.

Elektrische Funken verblenden den Thor,  
 Dies will man in Zweifel nicht ziehen,  
 Doch wer seinen Sinn und sein Herz nicht verlohrt  
 Der wird ihren Krallen entfliehen  
 Ein Thor nur, der solchem Geflüster vertraut,  
 Und es nicht mit voller Berachtung beschaut.

Elektrische Funken entzünden den Wust!  
 Wer möchte denn wahr dies nicht finden?  
 Dies sind ja die Seelen, die Wonne und Lust  
 Bei Charlatan'rie nur empfinden;  
 Doch, wer für das Wahre und Bessere Gefühl,  
 Den lassen elektrische Funken wohl kühl.

Elektrische Funken ertöden den Wahn,  
 Den erst sie durch Träume erzeugen,  
 Weil, wenn dem Erwachen die Träumer sich nah'n,  
 Die nebl'ichen Bilder versleugen;  
 Da steh'n dann, als nackte Sirenen gemalt,  
 Elektrische Funken in wahrer Gestalt.

M..—

#### D e l s n i k.

(Eingesendet.)

Weise: Sagt wer war wohl je so frech? ic.  
 Delsnik, eine schöne Stadt,  
 Die viel brave Bürger hat,  
 Aber das Philistertum,  
 Das spuckt noch so sehr darin herum.  
 Auch der Hochmuth spreizt sich noch,  
 Trägt die Nase gar zu hoch,  
 Und die Aristokratie,  
 Die stirbt im lieben Delsnik nie.  
 Voigtland's Städte wachen auf,  
 Achten auf der Zeiten Lauf.  
 Bürgerwohl und Bürgerglück  
 Kehrt in das Vaterland zurück.  
 Delsnik, Delsnik, wach' auch du  
 Einmal auf aus deiner Ruh,  
 Delsnik, säume länger nicht  
 Und schau' der Zeit ins Angesicht.  
 Delsnik, o du schöne Stadt,  
 Die viel brave Bürger hat,  
 Stürze das Philistertum,  
 Nur dann erblüht dir Glück und Ruhm.

Druck und Verlag von Aug. Wieprecht in Plauen.